

Problemfall Regionalleitstelle Lübeck

Technische Probleme bei der RLS „Südwind“ und beim Digitalfunk im Blickpunkt von Presse und Politik

Nachdem im Jahr 2011 der Betrieb bei der RLS Lübeck (zuständig für Notrufannahme und Einsatzleitung in den Landkreisen Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Ostholstein und der Hansestadt Lübeck) aufgenommen wurde, traten in den folgenden Jahren immer wieder Probleme mit der Leitstellentechnik auf, aber auch der Digitalfunk war zu beklagen.



> Regionalleitstelle Lübeck

Zuletzt gab es Anfang 2015 einen veritablen öffentlichen Streit über die Qualität und Zuverlässigkeit des Digitalfunks. Wiederholt beklagten sich Kollegen bei teils gefährlichen Einsätzen, dass sie in Gebäuden keine Funkanbindung zur Leitstelle gehabt hätten. In einer Krisensitzung unter Beteiligung des Abteilungsleiters IV im Innenministerium, Jörg Muhlack, sowie Verantwortlichen aus dem Landespolizeiamt (LPA) wurde als vermeintliche Lösung für dieses Problem die sogenannte Gateway-Funk-

tion aus der Taufe gehoben, welche Abhilfe schaffen sollte. Wie sich herausstellte und von der DPoIG bereits früh prognostiziert wurde, eine wenig praktikable Maßnahme, welche von den Kolleginnen und Kollegen kaum angenommen und angewendet wird.

Die RLS Lübeck, welche im Vergleich zu den anderen drei Leitstellen im Land (Kiel, Elmshorn und Harrislee) erheblich höhere Einsatzzahlen zu bewältigen hat, ist laut Planung der Abteilung 2 des LPA mit der dringend notwendigen Reinvestition (Neubeschaffung von Hard- und Software) erst in der zweiten Jahreshälfte 2017 dran. Die überforderte Technik und das zu wenige Personal müssten so lange eben durchhalten.

■ Technik, die mehr behindert als unterstützt

An dieser Planung änderte sich in den vergangenen Monaten trotz sukzessive immer massiver auftretender technischer Probleme nichts. Konkret sind gerade in einsatzstarken Zeiten eine außerordentlich langsame Performance und Störunganfälligkeit des Leitsystems ELDIS, eine sehr langsame und häufig komplett zusammenbrechende Internetverbindung wie auch

Intranetverbindung (hieran gekoppelt die Zugänge der RLS zu INPOL, ZEVIS, EWO, LSK und ePost) zu beklagen. Weiterhin sind wiederholte Störungen der Klimatechnik für die Serverräume der RLS Lübeck inklusive damit einhergehender temporärer Ausfälle von mehreren Einsatzleitplätzen festgestellt worden. Schlussendlich ist die Qualität und Zuverlässigkeit des Digitalfunks mittlerweile so sehr zu beanstanden, dass auch das als nicht mehr akzeptabel zu bezeichnen ist. Zeitweise mangelhafte Sprachqualität und häufige Gesprächsabbrüche sowie Verpixelungen wurden immer schlimmer.

Unter dem Strich musste von der DPoIG festgestellt werden, dass das Ausmaß der technischen Probleme bei „Südwind“ so groß wurde, dass diese eindeutig als sicherheitsrelevant zu bezeichnen sind. Eine zügige und effiziente Notrufannahme sowie Disponierung der Einsätze an die Streifenwagenbesetzungen wurde durch die Einsatzleittechnik und den Digitalfunk mittlerweile mehr behindert als unterstützt!

Die DPoIG entschloss sich daher Anfang Juni, die beschriebenen Missstände über die Öffentlichkeit zu transportieren,

um auf diesem Weg die Verantwortlichen in Innenministerium und LPA zu einer zeitnahen Problemlösung bewegen zu können.

■ Hektische Reaktionen aus Kiel durch medialen Druck

Ausführliche und wochenlange Presseberichterstattungen von LÜBECKER NACHRICHTEN, HAMBURGER ABENDBLATT und NORDDEUTSCHEM RUND-FUNK (NDR) führten zu hektischen Reaktionen im Innenministerium und LPA. Aber auch die Lokalpolitik in Lübeck sowie im späteren Verlauf sogar der Landtag beschäftigten sich mit der von der DPoIG öffentlich gemachten Problematik. Bereits wenige Tage nach der ersten Berichterstattung erklärte Innenminister Stefan Studt (SPD) den Sachverhalt zur „Chefsache“ und entschied sich, die RLS Lübeck zu besuchen, um sich von den dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Missstände schildern zu lassen. In einem zweistündigen Gespräch am 11. Juni konnte dem Minister dann auch eindrücklich die Brisanz der technischen Probleme dargelegt werden. Der Innenminister zeigte sich interessiert, konnte oder wollte jedoch keine konkreten Zusagen machen.

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0171.2745289
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841



Gleichwohl das Vorhandensein nahezu aller von der DPoIG beschriebenen Missstände vom LPA in entsprechenden Presseanfragen bestätigt werden mussten (lediglich den Digitalfunk befand das LPA unverständlicherweise anfangs für nicht zu beanstanden), sah sich Landespolizeidirektor Ralf Höhs veranlasst, der DPoIG in einer Pressemitteilung des LPA ein „*unverantwortliches Verhalten*“ vorzuwerfen, weil man angeblich „*mit dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung spielen*“ würde. Eine Begrifflichkeit, die die DPoIG wiederum als vollkommen unangemessen und nicht zielführend erachtet. Das Benennen von Problemen und Fehlentwicklungen in der Polizei ist Aufgabe einer Gewerkschaft – auch wenn es im Einzelfall über das für die Polizeiführung unbequeme Mittel der Öffentlichkeit geschieht!

Bei einem am 14. Juni auf Einladung des Landespolizeidirektors durchgeführten Gespräch zwischen dem geschäftsführenden Landesvorstand der DPoIG und verantwortlichen Führungskräften der Abteilung 2 des LPA (zuständig für Regionalleitstellen und Digitalfunk) im Kieler Amt, kam dann schnell zutage, dass das Aus-

maß der technischen Probleme dort nicht bekannt war. Ein polizeiinternes Kommunikationsproblem wurde in dem sachorientierten Gespräch klar erkennbar.

Bei einem außerordentlich brisanten und gefährlichen Einsatz in Glinde/Kreis Stormarn in der Nacht zum 18. Juni, bei dem zwei Beamte anlässlich einer Ruhestörung von einer zehnköpfigen Personengruppe körperlich attackiert und verletzt wurden sowie im weiteren Verlauf es sogar zu einer Gefangenenbefreiung und einem versuchten Diebstahl des Streifenwagens kam, traten dann erneut massive Funkprobleme auf. Einer der eingesetzten Kollegen versuchte wiederholt erfolglos, einen Funkspruch in Richtung RLS Lübeck abzusetzen, um die dringend notwendigen Unterstützungskräfte anzufordern.

■ Kritik im Landtag wegen andauernder Probleme bei der RLS und mit dem Digitalfunk

Am 27. Juni stellten die CDU-Landtagsabgeordneten Petra Nicolaisen und Dr. Axel Bernstein aus Anlass der Presseberichterstattung über die Missstände bei der RLS Lübeck eine

„Kleine Anfrage an die Landesregierung“ (Drucksache 18/4321), bei der vorrangig die technischen Probleme bei der RLS Lübeck hinterfragt wurden. Auch in der Antwort des Innenministeriums auf die Anfrage mussten die Missstände weitgehend eingeräumt werden. Man bemühe sich jedoch, eine zügige Problemlösung herbeizuführen. Gleichwohl wurde bestätigt, dass an dem Zeitplan der Reinvestition für die vier Regionalleitstellen festgehalten werden müsse – und Lübeck sei erst in der zweiten Jahreshälfte 2017 dran. Nicht wenige Fachleute bezweifeln, dass wenigstens dieser Zeitrahmen überhaupt eingehalten werden kann.

Anlässlich des Vorfalls in Glinde wurde Innenminister Stefan Studt auf Antrag der MdL Nicolaisen und Dr. Bernstein zu einer Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 6. Juli in den Landtag geladen, um sich zu den in Rede stehenden wiederholten Problemen mit dem Digitalfunk zu äußern. Hier konnte wenig Erhellendes vom Minister und seinem Abteilungsleiter Jörg Muhlack den Abgeordneten dargelegt werden. Die Beamten in Glinde hätten halt nicht die Notruf Taste am Handfunkgerät

gedrückt und ansonsten sei es möglich, dass die Rufgruppe gerade belegt war und deswegen keine Funkverbindung zur RLS zustande kam. Ein technisches Problem sei vom LPA jedenfalls bisher nicht festgestellt worden. Aha – so einfach ist das also? Waren am Ende also die Kollegen aus Glinde selbst schuld?

Die Abgeordneten der Oppositionsparteien CDU, FDP und PIRATEN kritisierten das wiederholte „Schönreden“ der Probleme, MdL Simone Lange (SPD) hingegen stellte nach der Sitzung fest, dass es zwar Störfälle in Bezug auf Sprachqualität und Erreichbarkeit beim Digitalfunk gäbe, diese seien ihrer Meinung nach aber „nicht besorgniserregend“.

Die DPoIG bleibt auf jeden Fall eng an diesem Thema dran – denn reibungslos und fehlerfrei funktionierende Regionalleitstellen inklusive des Digitalfunks sind und bleiben elementare Grundvoraussetzungen für erfolgreiche und effiziente Polizeiarbeit sowie die Sicherheit der Bevölkerung und Polizeibeamten.

*Thomas Nommensen,
stellvertretender
Landesvorsitzender*

Perspektivpapier ohne Perspektiven?

Nach der Einführung des Einstiegsamtes A 8 bei der schleswig-holsteinischen Polizei im vergangenen Jahr hatten viele den Verdacht, das sei nun alles gewesen, was als Strukturverbesserung herausgegeben werden soll.

Nach kritischen Reaktionen, insbesondere aus Reihen der DPoIG, und Forderungen nach weiteren Anpassungen, die in allen Laufbahngruppen zu spürbaren Verbesserungen

führen müssten, lud dann aber der Innenminister ein, um sein Perspektivpapier vorzustellen. Dies beinhaltete Ankündigungen, die tatsächlich zu lange überfälligen Anpassungen und deutlichen Verbesserungen führen.

Die Pläne schienen im Kabinett vorbesprochen zu sein, ansonsten wäre der Innenminister damit sicher nicht an die Kollegenschaft herangetreten, zumal selbst der Ministerpräsi-

dent in der Öffentlichkeit deutliche Zustimmung signalisierte.

So zog die Freude breite Bahnen, sollten doch nun endlich einige der jahrelangen Forderungen der Gewerkschaften nach einer gerechten Karriereaussicht aufgenommen und zumindest teilweise umgesetzt werden.

Es folgten vorsichtige Nachfragen aus dem Kollegenkreis, wann denn mit der Umsetzung

zu rechnen sei, und ob es im Einzelfall für altgediente Kollegen im bisherigen Endamt vielleicht doch noch möglich sei, im mittleren Dienst die Besoldungsgruppe A 11 zu erreichen oder im gehobenen Dienst etwas schneller befördert zu werden.

Alle warteten nun auf „Butter bei die Fische“.

Natürlich war klar, dass man so weitreichende Änderungen



nicht von heute auf morgen umsetzen kann, schließlich müssten zunächst Gesetze angepasst werden und grundlegende Veränderungen im Beamtenrecht angeschoben werden. Und natürlich war dem informierten Beamten auch klar, dass kaum das gesamte Paket in vollem Umfang und sofort umgesetzt werden kann. Schließlich hat der finanzielle Rahmen in einem der ärmsten Bundesländer immer noch Grenzen, auch wenn so manch einer nach sprudelnden Steuereinnahmen mittlerweile einen anderen Eindruck hatte. Schließlich gab es bei der Bewältigung der Flüchtlingspro-

blematik scheinbar auch keine finanziellen Engpässe ...

Dass aber in den nun stattfindenden Haushaltsberatungen für das kommende Jahr kein Ton von Strukturverbesserungen bei der Polizei zu hören oder lesen war, schockierte nun doch die Polizeilandschaft. Sollten die Versprechungen, die den Polizeibeamten zu Zeiten einer außergewöhnlichen Belastung (wie wäre die Flüchtlingsproblematik ohne die bedingungslose Einsatzbereitschaft der Polizei zu bewältigen gewesen?) wie Honig um den Bart geschmiert worden waren, nun still und heimlich verges-

sen oder wieder einkassiert werden, weil sich mittlerweile die großen Probleme wieder anders darstellen?

Das können und wollen wir nicht glauben! Wir wollen auf das Wort eines Innenministers, der sein Amt unter schwierigen Bedingungen angetreten hat und zwischenzeitlich auch unter anhaltender Dauerkritik steht, dabei aber versucht seinen Job gut zu machen, vertrauen. Genauso, wie er auf die Einsatzbereitschaft seiner Polizei vertrauen kann.

Wir hoffen und fordern, dass die Versprechungen eingehal-

ten werden. Auf welchen politischen Wegen diese umgesetzt wird, ist uns dabei völlig egal.

Eines ist aber klar, sehr geehrter Herr Innenminister Studdt: Am Ergebnis dieser Angelegenheit werden Sie gemessen werden. Das Vertrauen der Polizeibeamten und Beamtinnen hängt in großen Teilen auch von deutlich spürbaren Ergebnissen ab.

Die DPoIG wird Ihnen wachsam über die Schulter schauen!

Frank Hesse, stellvertretender Landesvorsitzender

Neues von der JUNGEN POLIZEI

Vom 23. bis 25. Mai fand die diesjährige Bundesjungendkonferenz (BJK) der JUNGEN POLIZEI (Jugendorganisation der DPoIG) in München statt. Die BJK bietet stets die Möglichkeit, sich mit den Jugendvertretern aus den anderen Bundesländern auszutauschen. So erfährt man, wo es dort vielleicht hakt oder aber auch, welchen positiven Impuls man für uns in Schleswig-Holstein möglicherweise mitnehmen kann.

In den Berichten aus den Ländern war erkennbar, dass sich die Landesregierungen mit ihrer jahrelangen Sparpolitik auf Kosten der Polizei keinen Gefallen getan haben. Der Versuch, nun mit erhöhten Einstellungszahlen gegenzusteuern, geht auf Kosten

der Ausbildungsqualität. Unterkünfte und Lehrsäle, die aus allen Nähten platzen, und zu wenig Ausbilder, um die Unterrichtsstunden auszufüllen, sind überall gegenwärtig.

Sachsen-Anhalt versucht hierbei die Lücke im Personalkörper mit sogenannten „Hilfspolizisten“ zu füllen. Aus gewerkschaftlicher Sicht wird diese Entwicklung sehr kritisch gesehen.

Neben diesem informativem Austausch wurden auch die Weichen für die Zukunft gestellt und am gewerkschaftlichen Grundsatzzprogramm der JUNGEN POLIZEI für die Jahre 2017 bis 2022 gearbeitet. Das gewerkschaftliche Grundsatzzprogramm ist die Arbeitsgrundlage für die im nächsten Jahr

neu zu wählende Bundesjungendleitung.

In den nächsten Monaten geht hierzu die Arbeit weiter, denn es ist eine Vielzahl von Anträgen, so zum Beispiel hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder aber auch der Verbesserung der Ausstattung, zu erstellen.

Aufruf zur Mitarbeit bei der JUNGEN POLIZEI:

Du bist unter 30, an einer gewerkschaftlichen Mitarbeit interessiert und möchtest Dinge in der Polizei und Politik bewegen. Dann melde dich einfach bei mir: markus.mueller@polizei.landsh.de.

*Markus Müller,
Landesjugendleiter
DPoIG S-H*



> Eine starke Truppe:
Die JUNGE POLIZEI der DPoIG

> Kreisverband Segeberg-Pinneberg online!

Der Kreisverband Segeberg-Pinneberg der DPoIG, welcher nach den Neuwahlen des Vorstandes im November 2015 „mit Dampf“ zu alter Stärke emporkommt und mit Kraft sowie Innovation glänzt, ist nun auch online:

Unter www.dpolg.se können sowohl die Mitglieder des Kreisverbandes als auch alle weiteren interessierten Kolleginnen und Kollegen sich informieren.

Der DPoIG-Landesvorstand gratuliert und wünscht auch weiterhin viel Erfolg und ein glückliches Händchen bei der Arbeit nach dem Motto „Kollegen kämpfen für Kollegen“!

DPolG-Landesvorstand im Gespräch mit der zukünftigen „Polizeibeauftragten“ des Landes

Regel Meinungsaustausch über Sinn oder Unsinn einer zusätzlichen Beschwerdeinstanz

Nach einer ihrer Meinung nach bedauerlicher Weise „hochpolitischen“ sowie sehr kontrovers geführten Diskussion, die monatelang weitgehend über die Medien ausgetragen wurde, beschloss der Kieler Landtag Anfang Juni mit den Stimmen der Regierungskoalition (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW) und auch der PIRATEN die Einführung eines sogenannten „Polizeibeauftragten“ für das Land Schleswig-Holstein.

Frau Samiah El Samadoni, studierte Juristin, ist bisher unter anderem schon Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten und bekommt dieses Amt zusätzlich. Sie wird es am 1. Oktober 2016 antreten.

Während allgemein bekannt ist, dass die Einführung dieser „zusätzlichen Beschwerdestelle für Bürger sowie auch Polizeibeamte“ weitgehend nur deswegen zustande kam, weil Bündnis 90/Die Grünen in den Koalitionsverhandlungen im Jahr 2012 es SPD und SSW für das Zustandekommen einer Regierung mit ihrer Beteiligung abverlangt haben (aus eben diesen Grund kam es übrigens auch zur Kennzeichnungspflicht), stemmten sich die Oppositionsparteien CDU und FDP vehement dagegen.

Alte Feindbilder werden bedient und gepflegt

Den Vogel in negativer Hinsicht schoss aus Sicht der DPolG in dem Diskussionsprozess der PIRATEN-Abgeordnete Wolfgang Dudda ab, der sich durch die Einführung des „Polizeibeauftragten“ wünsche, dass etwas mehr „Whistleblower“-Kultur



Von links: Torsten Gronau, Samiah El Samadoni, Thomas Nommensen

in die Landespolizei Einzug halten würde. Was sich MdL Dudda offenbar wünscht, ist, dass durch (anonyme) Hinweisgeber mehr mutmaßliche Skandale in der Polizei aufgedeckt werden können. Eine wirklich unselbige Aussage, die bedauerlicherweise sogar Einzug in das Gesetz für den „Polizeibeauftragten“ gefunden hat! Welches schiefe Bild haben eigentlich die PIRATEN von der Landespolizei? Scheinbar haben auch die Grünen sich immer noch nicht von ihrem alten Feindbild verabschieden können und pflegen dieses weiterhin nach Kräften.

„Whistleblower“ unerwünscht!

Frau El Samadoni schilderte in dem zweistündigen offen und konstruktiv geführten Gespräch mit dem DPolG-Landesvorstand, vertreten durch Torsten Gronau und Thomas Nommensen, zunächst ausführlich das Verständnis, welches sie von ihrem zukünftigen Amt habe. Sie möchte Ansprechpartnerin für Bürger sein, die ein Problem mit der Polizei oder einem einzelnen Polizeibeamten haben. Ebenso verstehe sie sich als Ansprechpartnerin für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die innerhalb der Landespolizei

Schwierigkeiten mit Kollegen, Vorgesetzten oder gar dem Landespolizeiamt sowie Innenministerium haben. Vorrangig sehe sie sich als Mittlerin und Mediatorin – und will dementsprechend Straf- oder Disziplinarverfahren nicht fördern, sondern vielmehr durch ihre Tätigkeit möglichst vermeiden. Jedenfalls verstehe sie sich ausdrücklich nicht als Verbündete von „Whistleblowern“.

Nach Angaben von Frau El Samadoni unterliegen sie und ihre Mitarbeiter nicht dem Legalitätsprinzip, weswegen durch etwaige Beschwerdeführer bei ihr vorgebrachte Sachverhalte nicht zwangsläufig in Strafverfahren münden müssten. Ebenso selbstverständlich sei für sie, dass Beamte, über die sich beschwert wurde, auch ein Angebot zur Anhörung von ihr erhalten werden. Wenngleich auch hier eine Freiwilligkeit dazu vorliegen müsse – denn das Zeugnisverweigerungsrecht gelte natürlich auch ihr gegenüber. Demgegenüber habe sie per Gesetz ein Recht zur Akteneinsicht und könne jederzeit polizeiliche Vorgänge anfordern, um sich ein Gesamtbild über behauptete Verfehlungen zu machen.

DPolG bleibt dabei: „Polizeibeauftragter“ ist überflüssig und Misstrauen gegenüber der Polizei ist ungerechtfertigt sowie kontraproduktiv

Die Mitglieder des DPolG-Landesvorstandes machten keinen Hehl daraus, dass die wieder-

holt mündlich und schriftlich dargelegte ablehnende Haltung gegenüber der Einführung eines „Polizeibeauftragten“ weiterhin Bestand habe. Denn es wird von der DPolG schlicht keine Notwendigkeit für eine solche Beschwerdeinstanz gesehen, die neben Staatsanwaltschaften, Gerichten und Disziplinarvorgesetzten parallel ermitteln könne. Völlig zu Recht empfänden weite Teile der Kolleginnen und Kollegen die Einführung des „Polizeibeauftragten“ als Zeichen von Misstrauen. Und Misstrauen gegenüber der Polizei ist auch nach Meinung der DPolG nicht nur vollkommen ungerechtfertigt, sondern vielmehr kontraproduktiv! Selbst für innerpolizeiliche Probleme gäbe es bereits hinreichende Instrumente und Institutionen. Mit Personalräten, Gewerkschaften, Mobbingbeauftragten sowie kirchlichen und psychologischen Dienst seien genug Ansprechpartner zur Konfliktlösung in der Landespolizei vorhanden.

Gleichwohl versicherte Torsten Gronau, dass die DPolG weitgehend offen und unvoreingenommen versuchen werde, mit der jetzigen Situation umzugehen. Es bleibe abzuwarten und zweifelsohne ein spannender Prozess, wie sich die Institution der „Polizeibeauftragten“ etablieren könne. Eine konstruktive Zusammenarbeit sowie regelmäßige Gespräche zwischen Frau El Samadoni und dem DPolG-Landesvorstand wurden für die Zukunft fest vereinbart.

Thomas Nommensen,
stellvertretender
Landesvorsitzender